

## STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 519 56 00  
Fax: 0 62 21 - 519 956 00

E-Mail: stadtrredaktion@rnz.de

## Stadhalle soll mit einbezogen werden

*Konferenzzentrum: Ausschuss diskutiert heute über Vorschläge*

ani. Die Standortsuche für ein neues Konferenzzentrum geht weiter. Heute diskutieren erstmals die Stadträte im Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss die vier Vorschläge, die die Stadtverwaltung unter intensiver Bürgerbeteiligung und anhand diverser Kriterien ausgearbeitet hat. Das wären:

> **Das Altklinikum Nord-Ost:** In Bergheim könnte das Zentrum dort auf dem Universitätscampus in guter Anbindung zum Hauptbahnhof und dennoch innenstadtnah entstehen.

> **Die ehemalige Zentrale der Heidelberger Druckmaschinen** in der Kurfürsten-Anlage eignet sich vor allem wegen der guten verkehrlichen Anbindung (Hauptbahnhof).

> **Die Bahnstadt:** Hier könnte im Bau- und Feld T1, also am Bahnstadt-Bordell in der Güteramtsstraße, ein Konferenzzentrum entstehen. Laut Stadt könnten davon Entwicklungspotenziale für den Bahnstadt-Campus und den Technologiepark ausgehen

> **Die Berliner Straße/Jahnstraße:** Am Eingang zum Neuenheimer Feld spräche der Wissenschaftsbezug für den Standort. Die Lage am Brückenkopf schaffe außerdem einen Bezug zum Stadtbild, heißt es in einer Mitteilung der Stadt.

Die Fraktion „Die Heidelberger“ meldeten gestern bereits erste Bedenken an. Sie ist der Meinung, dass die Stadhalle als Standort nicht einfach ausgeklammert werden dürfe. „Die bisher angelegten Kriterien können ja nur eine ‚allgemeine Auswahl‘ darstellen, die nicht dazu führen darf, Standorte außer Acht zu lassen, die sich vielleicht erst bei der vertieften Prüfung – gerade in finanzieller Hinsicht – als durchaus sinnvoll oder realistische Möglichkeit darstellen können“, schreibt Fraktionsvorsitzender Wolfgang Lachenauer in einer Mitteilung. Deshalb beantragen „Die Heidelberger“, die Erweiterung der Stadhalle in die Verwaltungsvorlage und damit in die Prüfung durch den Gemeinderat mit aufzunehmen. Das Kriterium „Erhalt innerstädtischer Grünflächen“, das zum Ausschluss dieses Standortes geführt habe, müsse sich dem Vergleich mit dem Kriterium „Wirtschaftlichkeit“ stellen.

> **Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss** tagt heute öffentlich um 17 Uhr im Rathaus, Neuer Sitzungssaal, Marktplatz 10.



Ohne Bürgerbeteiligung kommt so gut wie keine Kommune mehr aus. Direkte Abstimmungen sahen die drei Bürgermeister aber eher kritisch. Fotos: Philipp Rothe

# Der Bürger hat die Macht

*Bernd Stadel (Heidelberg), Peter Kurz (Mannheim) und Jochen Partsch (Darmstadt) loten die neue Beteiligungskultur aus*

Von Steffen Blatt

Bürgerforen, Stadtteilgespräche, Planungswerkstätten, Internetplattformen – das sind Instrumente, die in der Kommunalpolitik eigentlich nicht mehr wegzudenken sind. Denn der Bürger will beteiligt werden bei wichtigen Entscheidungen und keine fertigen Beschlüsse vorgesetzt bekommen. Aber welche Auswirkungen hat diese neue Beteiligungskultur eigentlich auf die Demokratie, auf die Kommunen, auf Stadtverwaltungen und Bürger? Diesen Fragen ging eine prominent besetzte Diskussionsrunde nach, die sich am Montagabend im Palais Prinz Carl traf – und zu erstaunlichen Erkenntnissen kam.

Die Heidelberger Bürgerstiftung hatte zusammen mit der Internationalen Bauausstellung (IBA) und der Schader-Stiftung aus Darmstadt eingeladen. Den Fragen von Ralf Schönball vom „Berliner Tagesspiegel“ stellten sich Heidelbergs Erster Bürgermeister Bernd Stadel sowie die Oberbürgermeister Peter Kurz aus Mannheim und Jochen Partsch aus Darmstadt.

Sie alle haben schon ihre Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht: In Heidelberg wurde 2010 die Erweiterung der Stadhalle per Bürgerentscheid abgelehnt. Die Mannheimer stimmten über die Bundesgartenschau ab und votierten knapp mit Ja – dennoch ist die Kontroverse um das Projekt damit nicht befriedet. In Darmstadt zerbrach 2010 die Koalition aus SPD und Grünen über einen Bürgerentscheid um eine geplante

Umgehungsstraße, bei dem die große Mehrheit gegen das Projekt war, die Hürde für die Gültigkeit aber knapp verfehlt wurde. Die Grünen verließen die Koalition, was ihnen viel Glaubwürdigkeit einbrachte, und im April 2011 wurde



Bei einer ernsthaften Diskussion darf auch mal gelacht werden (von links): Peter Kurz, Jochen Partsch und Bernd Stadel. Foto: Rothe

Partsch, bis dahin Dezernent für Jugend, Soziales und Wohnen, zum ersten grünen OB einer hessischen Großstadt gewählt.

Dabei sehen die Kommunalpolitiker den Bürgerentscheid, als die direkteste Form der Beteiligung, durchaus kritisch. „Wenn dadurch ein Projekt abgelehnt wird, ist das eigentlich das Scheitern von Beteiligung“, sagte Kurz. Gerade in kleineren Kommunen könne die Zuspitzung auf eine Ja/Nein-Entscheidung Vertrauen zerstören und zur Spaltung der Stadtgesellschaft führen. Das sahen seine Mitdiskutanten genauso. „Bürger-

schaft wird oft zu Gegnerschaft“, sekundierte Partsch, und auch Stadel meinte: „Am besten kommt es gar nicht zum Bürgerentscheid.“

Durchaus selbstkritisch gab sich Heidelbergs Erster Bürgermeister mit Blick auf den Stadthallen-Entscheid 2010: „Wir haben die Bürger damals informiert, aber es gab keine richtige Beteiligung“, sagte Stadel. Bei der neuen Suche nach einem Standort mache man es nun besser. „Ich glaube nicht, dass es noch einmal zu einem Bürgerentscheid kommen wird, weil wir die Bevölkerung besser einbeziehen.“ Auch Kurz findet, dass man bei der Bundesgartenschau die Bürger stärker mit

ins Boot hätte holen können: „Als es um den Zuschnitt des Geländes ging, haben wir das innerhalb von vier Monaten entschieden. Hätten wir uns da ein Jahr Zeit genommen für eine Bürgerbeteiligung, wäre es vielleicht anders gekommen.“ Ganz ablehnen wollte die Runde Bürgerentscheide aber nicht. Bei bestimmten Vorhaben seien die durchaus angebracht, meinte Partsch. Es dürfe aber nicht dazu kommen, dass „Profi-Bürger“, die genug Geld haben und durchsetzungstark sind, einen solchen Prozess dominieren.

Das darf auch bei der Bürgerbeteiligung nicht passieren, und darum muss sie gut gesteuert und moderiert werden, damit sich auch die Gruppen einbringen können, die nicht am lautesten schreien – darin waren sich alle einig. So könne man dem allgemeinen Vertrauensverlust in die politischen Akteure entgegenarbeiten, den vor allem Kurz konstatierte. Er forderte zudem aufseiten der Bürger eine Verantwortung für den Beteiligungsprozess. „Jeder, der sich einbringt, muss akzeptieren, dass Entscheidungen sich am Gemeinwohl orientieren müssen.“ In Heidelberg gelingt das alles offenbar sehr gut, die Stadt ist in Sachen Bürgerbeteiligung ein Vorbild. So wurden etwa in Darmstadt gerade Leitlinien verabschiedet, die an die Heidelberger Satzung angelehnt sind.

Und wo bleiben eigentlich die Parteien, wenn die Bürger immer mehr beteiligt werden? Kurz stellte hier einen Funktionsverlust fest. „Eine Planungswerkstatt zu einem konkreten Vorhaben ist natürlich viel interessanter als eine Ortsvereinsitzung.“ Wenn politische Entscheidungen immer weniger über Parteien beeinflusst werden könnten, „warum sollte man da noch mitmachen?“, fragte der Mannheimer OB.

Seine beiden Kollegen sahen das nicht ganz so pessimistisch. Stadel glaubt nicht, dass die Parteien überflüssig werden, und Partsch sieht ihre Aufgabe immer noch darin, zu erklären, wo investiert werden soll und wo nicht, und zwar über alle Politikfelder hinweg – das klassische Wahlprogramm also.